



Vorlagenummer: AT/12214/25
Vorlageart: Antrag
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Antrag "Transparentes und öffentlich zugängliches Berichtswesen/Controlling zum Stand der Durchführung von Beschlüssen" (Antrag von Ratsfrau Esders vom 15.11.2025, eingegangen am 15.11.2025)

Datum: 17.11.2025
Federführung: 01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Organzuständigkeit: RAT

Beratungsfolge

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Verwaltungsausschuss	09.12.2025	N
Rat der Hansestadt Lüneburg	11.12.2025	Ö

Beschlussvorschlag

Der Rat der Hansestadt Lüneburg möge ein transparentes und öffentlich zugängliches Berichtswesen/Controlling der im Stadtrat und den Ausschüssen des Rates gefassten Beschlüsse beschließen.

Dazu soll eine regelmäßig zu aktualisierende, schriftliche Übersicht erstellt werden, die strukturiert in Kenntnis setzt, über:

- Datum und Gremium (z.B. VA, jeweiliger Fachausschuss, Rat) einer Beschlussfassung
- Inhalt und daraus ableitbare Maßnahmen einer Beschlussfassung
- Auswirkungen auf den Finanzhaushalt
- Auswirkung auf die personellen Ressourcen
- Zeit- und Finanzplan umzusetzender Beschlüsse
- Stand der Umsetzung und Zielsetzungen
- etwaige Umsetzungsprioritäten aufgrund finanzieller und personeller Kapazitäten
- Verlinkung zu relevanten Anträgen, Stellungnahmen und Berichten im Allris
- kontinuierliche Aktualisierung (alle drei Monate) der Übersicht und wiederholte Vorlage des Durchführungsstandes zur Kenntnisnahme in den dazugehörigen Ausschüssen

Sachverhalt

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag zurückzustellen, bis die Migration von Allris 3 nach Allris 4 vollständig abgeschlossen und evaluiert ist. Mittel für die Projekteinführung zur Beschlussverfolgung in Allris wären in der Haushaltsplanung ab 2027 zu berücksichtigen.

Auf die Stellungnahme der Verwaltung zum inhaltsgleichen Antrag vom 07.07.2025 - AT/11960/25 - wird Bezug genommen. Der Sachverhalt hat sich seit dem nicht verändert.

In der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 26.08.2025 wurde ergänzend und klarstellend darauf hingewiesen, dass die Absicht besteht, Allris 4 zum Jahreswechsel zuverlässig ins Laufen zu bekommen. Ab dem Frühjahr besteht dann die Möglichkeit, sich Programmkomponenten für die Beschlussverfolgung von oder möglichst mit einer Schnittstelle zu Allris 4 zeigen zu lassen.

Eine Einführung der Beschlussverfolgung ab Januar 2026 wurde in der Sitzung nicht in Aussicht gestellt.

Sowohl über die Beschlussempfehlung als auch die Stellungnahme der Verwaltung ist deutlich gemacht worden, dass eine Einführung einer entsprechenden Programmkomponente erst später zu erwarten ist. Aus diesem Grund wurde und wird erneut die Rückstellung des Antrags empfohlen. Der Antrag sollte Anfang 2026 neu zur Beratung aufgerufen werden.

In der Sitzung des Rates der Hansestadt Lüneburg am 13.11.2025 wurde auf Nachfrage erklärt, dass Allris noch immer nicht zuverlässig und selbstverständlich in der Anwendung ist. Mit dem Abschluss der Umstellung und einer Evaluierung ist bis zum Sommer zu rechnen. Die Nutzung von KI – Anwendungen zur Unterstützung der Prozesse wird kontinuierlich geprüft.

Die Verwaltung hält an dem Ziel fest, die Programmumstellung und Evaluation von Allris 4 in der ersten Jahreshälfte abzuschließen und sich mit der Einführung einer Beschlussverfolgung von oder mit einer Schnittstelle zu Allris 4 auseinanderzusetzen.

Ziel	Unterziel	Bewertung			
Nachhaltige/r Konsum und Produktion		++	+	-	--
	Nachhaltige Beschaffung im öffentlichen Sektor		+		
Weniger Ungleichheiten		++	+	-	--
	Beteiligungsmöglichkeiten für alle zur Gestaltung der Stadtentwicklung		+		

(++) deutlich positive Auswirkung, (+) positive Auswirkung, (-) negative Auswirkung, (--) erheblich negative Auswirkung

Finanzielle Auswirkungen:

➤ ja, sofern der Antrag angenommen wird

➤ Freiwillige Aufgabe

Ausgaben / Einnahmen:

		Aktuelles HH-Jahr	HH-Jahr + 1	HH-Jahr + 2	HH-Jahr + 3	HH-Jahr + 4
Zur Umsetzung der Maßnahme	Investive Auszahlungen					
	Aufwendungen im Ergebnishaushalt					
Folgekosten	Sachaufwand im Ergebnishaushalt (ohne Abschreibungen)	10.000 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €
	Personalaufwand im Ergebnishaushalt	1 VZÄ	0,1 VZÄ	0,1 VZÄ	0,1 VZÄ	0,1 VZÄ

Finanzielle Mittel sind haushaltsrechtlich gesichert:

➤ nein

Beschlussfassung vorbehaltlich der kommenden HH-Planung:

➤ ja / nein

Prüfung möglicher Drittmittel ist erfolgt:

➤ nein

Personelle Auswirkungen:

Auswirkungen auf den Stellenplan: ➤ ja, sofern alle Beschlüsse der aktuellen Wahlperiode rückwirkend erfasst werden sollen und zur Fortführung des Controllings

sofern ja:	
Vollzeitäquivalent (VZÄ):	Noch zu prüfen
Vergütung:	Noch zu prüfen
Personalaufwand befristet:	Noch zu prüfen
sofern ja, befristet bis	Noch zu prüfen

Anlage/n

Anlage 1: Antrag Ratsfrau Esders Controlling Beschlüsse (öffentlich)

Hansestadt Lüneburg
Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch
Am Ochsenmarkt 1
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 15. November 2025

Antrag: Transparentes und öffentlich zugängliches Berichtswesen/Controlling zum Stand der Durchführung von Beschlüssen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der Rat der Hansestadt Lüneburg möge ein transparentes und öffentlich zugängliches Berichtswesen/Controlling der im Stadtrat und den Ausschüssen des Rates gefassten Beschlüsse beschließen. Dazu soll eine regelmäßig zu aktualisierende, schriftliche Übersicht erstellt werden, die strukturiert in Kenntnis setzt, über:

- Datum und Gremium (z.B. VA, jeweiliger Fachausschuss, Rat) einer Beschlussfassung
- Inhalt und daraus ableitbare Maßnahmen einer Beschlussfassung
- Auswirkungen auf den Finanzhaushalt
- Auswirkung auf die personellen Ressourcen
- Zeit- und Finanzplan umzusetzender Beschlüsse
- Stand der Umsetzung und Zielsetzungen
- etwaige Umsetzungsprioritäten aufgrund finanzieller und personeller Kapazitäten
- Verlinkung zu relevanten Anträgen, Stellungnahmen und Berichten im Allris
- kontinuierliche Aktualisierung (alle drei Monate) der Übersicht und wiederholte Vorlage des Durchführungsstandes zur Kenntnisnahme in den dazugehörigen Ausschüssen

Begründung:

Im Juli 2025 hatte ich diesen Antrag bereits gestellt und dann zurückgestellt, da mir mitgeteilt wurde, dass mit der Umstellung auf Allris 4 auch ein Beschluss-Controlling ab voraussichtlich Januar 2026 möglich werde. In der Ratssitzung vom 13.11.2025 wurde mir nun auf meine Nachfrage mitgeteilt, dass frühestens gegen Ostern 2026 mit der Umsetzung begonnen und die Nutzbarkeit nicht vor Sommer 2026 zu erwarten sei. Vor dem Hintergrund, dass weitere Verzögerungen bis nach der kommenden Kommunalwahl zu befürchten sind, reiche ich diesen Antrag nun erneut ein.

Den Ratsmitgliedern obliegt es, die Durchführung gefasster Beschlüsse und den Ablauf der Verwaltungsangelegenheiten im Blick zu behalten. Leider gestalten die Abläufe sich oft intransparent und manche Beschlüsse werden von der Stadtverwaltung und Oberbürgermeisterin nicht umgesetzt bzw. nur sehr schleppend vorangetrieben. Die Durchführung der in der Hansestadt Lüneburg gefassten Beschlüsse bleibt intransparent, langwierig und unzufriedenstellend. Auskünfte müssen immer wieder angefragt werden. Beispielsweise gibt es seit 2023 einen Beschluss zur Umsetzung eines Leerstandskatasters. Auch zwei Jahre nach dem Beschluss ist von einem Leerstandskataster nichts zu sehen. Ebenso gibt es einen Beschluss zur Konzeptionierung und ersten Umsetzung eines Housing-First-Ansatzes. Bis auf eine Arbeitsgemeinschaft, in

der zur Situation der Wohnungslosigkeit in Lüneburg diskutiert wird, wurden zu Housing-First keine ersichtlichen konkreten Maßnahmen in die Wege geleitet. Somit verlaufen der Housing-First-Beschluss und die mehrjährig dafür im Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel über jeweils 40.000 Euro, ins Leere.

Ein derartiger Umgang mit den Beschlüssen des Rates ist nicht akzeptabel. Dem durch diese Herangehensweise entstehenden Demokratiedefizit kann durch ein kontinuierlich aktualisiertes Berichtswesen entgegengewirkt werden. Ein solches Controlling würde nicht nur den Mitgliedern des Stadtrates einen strukturierten und aktualisierten Überblick über den Stand der Durchführung gefasster Beschlüsse ermöglichen, sondern auch eine transparente Nachvollziehbarkeit möglicher Herausforderungen gewährleisten. Die so gewährten Auskünfte würden zur Verringerung von Informationsdefiziten beitragen und den Mitgliedern des Rates bei Bedarf eine zeitige politische Reaktion ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen



Marianne Esders

Die Linke